

### Beschlussempfehlung

Ausschuss  
für Bundes- und Europaangelegenheiten,  
Medien und Regionalentwicklung

Hannover, den 07.02.2014

#### **Öffentlich-rechtliche Medien für alle öffnen: Internetangebote zukunftsfähig gestalten!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/838 neu

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung empfiehlt dem Landtag, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

#### Entschließung

#### **Öffentlich-rechtliche Medien für alle öffnen: Internetangebote zukunftsfähig gestalten!**

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben den grundgesetzlichen Auftrag einer Grundversorgung der Bevölkerung mit Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung. Die Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten erfolgt überwiegend durch die Beitragszahler. Seit dem 01.01.2013 ersetzt ein - pro Haushalt bzw. Betriebsstätte erhobener - Rundfunkbeitrag die frühere Rundfunkgebühr.

Nicht zeitgemäß erscheint die derzeitige Praxis, dass hochwertige öffentlich-rechtliche Produktionen nach Ablauf bestimmter Fristen aus den Online-Mediatheken gelöscht werden oder nur auf einem einzigen Verbreitungsweg zur Verfügung gestellt werden. Stattdessen sollten die Produkte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach Möglichkeit auf Dauer frei zugänglich sein. Dabei dürfen aber unbeschränkte Abrufmöglichkeiten nicht zu Beitragssteigerungen führen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bei Verhandlungen mit den Ländern und der Europäischen Union auf folgende Ziele hinzuwirken:

1. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sollen im Internet weiterhin und vermehrt Nachrichten, Informationen, Kultur und Unterhaltung in Form von Audios und Videos anbieten können. Texte sollen die Angebote im Netz angemessen beschreiben, einordnen und ergänzen. Eigene journalistische Texte ohne Sendungsbezug sind dabei zu vermeiden. Dieses Angebot erleichtert auch den barrierefreien Zugang für Menschen mit Behinderungen.
2. Die Internetangebote der öffentlich-rechtlichen Programme sollen insbesondere für Kinder und Jugendliche sowohl inhaltlich als auch technisch ansprechbar gestaltet und zeitgemäß präsentiert werden. Sendungen für Kinder und Jugendliche sollen zeitunabhängig in zielgruppenspezifischen Mediatheken abrufbar sein. Die Internetangebote sollen unabhängig von Plattformen, Formaten und Genres nach Möglichkeit die Entwicklung von Medien- und Sprachkompetenz fördern und begleiten.
3. Das öffentlich-rechtliche Angebot muss auch auf mobilen Geräten komfortabel abrufbar sein. Deshalb muss es den Sendern weiterhin möglich sein, Anwendungen (Apps) für ihre Mediatheken und Internetangebote für diese Geräte anzubieten. Der Ausbau von zeitgemäßen Mediatheken und Apps darf nicht zu höheren Ausgabe-Ansätzen bei den Rundfunkanstalten führen.

4. Eigene Produktionen der öffentlich-rechtlichen Sender sind aus Beiträgen finanziertes Allgemeingut. Sie müssen unbefristet frei abrufbar sein. Bei Einkäufen von Fremdproduktionen soll nach Möglichkeit auf entsprechende vertragliche Bestimmungen hingewirkt werden.

#### Begründung

Die im Jahr 2009 eingeführte Depublikationspflicht gegen Online-Angebote der öffentlich-rechtlichen Anstalten ist aufgrund der technischen und gesellschaftlichen Entwicklung und der steigenden Bedeutung des Internets als Verbreitungsweg nicht mehr zeitgemäß. Bei der Einführung der Beiträge wurde u. a. auch deutlich gemacht, dass nur ein geräteunabhängiger Beitrag zeitgemäß ist, da die Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks dank neuer technischer Möglichkeiten jederzeit, überall und für jede und jeden abrufbar sind. Dementsprechend sollten die Produktionen für die Allgemeinheit auch unbefristet verfügbar sein.

Mediatheken des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sollen zukünftig thematisch und zielgruppenspezifisch gebündelt und sortiert werden und darüber hinaus vollständig sein. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sollen in die Lage versetzt werden, ihrem grundgesetzlichen Versorgungsauftrag, der sich an der Verbesserung eines freien Informations-, Kultur- und Bildungsangebots orientiert, ergänzend auch im Internet angemessen nachzukommen. Ein gegebenenfalls. erweiterter Internetauftritt der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten soll unter Maßgabe der gebotenen Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit erfolgen.

Gudrun Pieper  
Vorsitzende